

i Fijáte !

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 435 20. Mai 2009

15. Jahrgang

"Der Privatsektor braucht keine starken Parteien - wir schon"

Wenn man von einer guatemaltekischen Institution sagen könnte, sie wäre die exklusive Schatzkammer (feudo) der wirtschaftlichen Elite, dann zweifellos vom Finanzministerium. Aus diesem Grund ist allein die Tatsache, dass jemand wie Carlos Barreda in eine hohe Position innerhalb dieses Ministeriums gelangt, schon bemerkenswert. Altgedientes Mitglied des *Kollektivs der sozialen Organisationen* (COS), ist der aktuelle Vize-Finanzminister einer der wichtigsten Vertreter der handvoll linker Funktionäre, die Alvaro Colom in seine Regierung aufgenommen hat. Im folgenden Interview, das in *Inforpress Centroamericana* Nr. 1797 vom 30. April 2009 erschienen ist, insistiert Barreda auf der Notwendigkeit einer Steuerreform und weist darauf hin, dass die Regierung daran sei, eine "Gegenrevolution zur Politik der fundamentalistischen Marktwirtschaft" der letzten Jahre zu starten.

Frage: Das Finanzministerium hat die Möglichkeit angekündigt, dass wegen der Krise der Staat möglicherweise ab nächstem September keine Löhne mehr bezahlen kann. Ist es so schlimm?

Carlos Barreda: Die Zahlen, die wir am 31. März hatten, zeigen einen Rückgang der Steuereinnahmen von rund 186 Mio. US-\$. Das ist ein immenser Rückgang, die Verluste von Januar und Februar waren eindrucklich - so etwas ist noch nie vorgekommen. Guatemala ist ein finanziell sehr schwaches Land mit geringen Steuereinnahmen, und die Spielräume, die der Staat hat, um eine antizyklische Finanzpolitik zu betreiben, sind sehr begrenzt. Wir sind hier nicht in Chile, Brasilien oder Mexiko, Länder mit grossen Devisenreserven, die in der aktuellen Situation beeindruckende Ausgabenprogramme in Gang bringen.

Frage: Und in Guatemala soll es nicht mal genug Geld haben, um die laufenden (Staats-)Kosten zu decken?

C.B.: Es ist ein Szenarium, das durchaus eintreten kann, wenn nichts unternommen wird. Deshalb schlagen wir ein paar Massnahmen vor: Als erstes muss Guatemala seine Verschuldung erhöhen. Wir haben eine Stärke, und das ist unsere makroökonomische Stabilität. Unser Bankensystem ist nicht so sehr mit dem internationalen Finanzsystem verwoben, was uns vor Schlimmerem bewahrt hat. Die Kanäle, über welche die Krise unser Land erreicht, sind der Handel und die Geldrücküberweisungen der MigrantInnen. Dank dieser Stärke im Makrobereich und einer niedrigen Verschuldung hat Guatemala einen gewissen Spielraum, um noch etwas Schulden aufzunehmen. Deshalb hat das Finanzministerium vorgeschlagen, Schuldscheine in der Höhe von 223 Mio. US-\$ auszustellen. Ausserdem sind wir daran, mit der Weltbank ein Darlehen über 300 Mio. US-\$ auszuhandeln, von denen wir die Hälfte dieses Jahr und die Hälfte nächstes Jahr einsetzen werden... Somit hätten wir dieses Jahr rund 370 Mio. US-\$, um die Auswirkungen der Krise etwas abzufedern.

Frage: Es soll auch gespart werden...

C.B.: Tatsächlich haben wir auch ein Sparprogramm entwickelt (*programa de austeridad*). Aber sich verschulden und sparen allein genügt nicht, um die Löcher im Budget zu stopfen. Wir haben auch Massnahmen vorgeschlagen für die Stärkung der Steuerbehörden, für die Bekämpfung von Steuerflucht und Geldschmuggel. Damit wollen wir die Einnahmenseite verbessern. Es ist also eine Mischung verschiedener Aktivitäten: Die Steuereinnahmen erhöhen, Schulden aufnehmen und sparen, wo es geht. Wenn wir zusätzlich zu diesen Massnahmen das Bauprojekt der *Franja Transversal del Norte* (FTN) umsetzen können, was uns auch nochmals 200 Mio. einbringt, könnte alles zusammen schon dazu beitragen, dass die Wirtschaft wieder etwas in Gang kommt. Und wenn dann einmal das Gesetz über die öffentlich-privaten Allianzen (*Private-Public-Partnership*) angenommen ist, können wir für Infrastrukturbauten Verträge mit privaten Investoren machen und so Teile des Budgets freisetzen.

Frage: Erlauben solche Massnahmen tatsächlich eine antizyklische Ausgabenpolitik oder kann man damit nicht bloss knapp die laufenden Kosten decken?

C.B.: Für lateinamerikanische Länder ist es sehr schwierig, eine antizyklische Finanzpolitik zu betreiben. Uns geht es in erster Linie darum, die laufenden Ausgaben decken zu können, aber wir legen grossen Wert darauf, die Sozialausgaben zu schützen, speziell die Programme des *Rats für soziale Kohäsion*. Die Idee von an Bedingungen geknüpften Sozialleistungen, z.B. *Mi Familia progresa*, sind von strategischer Bedeutung für uns, denn sie decken die Bereiche Bildung, Gesundheit und Ernährung ab. Auf der anderen Schiene müssen Arbeitsplätze geschaffen werden durch den Bau von Infrastrukturprojekten. Und wir müssen die Nahrungsmittelproduktion reaktivieren. Aber all unsere Bemühungen werden durch die niedrigen

Ausgaben beschränkt, Guatemala hat öffentliche Ausgaben, die bloss 14% des gesamten Bruttoinlandproduktes entsprechen.

Frage: Muss man sich also mit diesem Fehlen finanzieller Ressourcen einfach abfinden?

C.B.: Im Augenblick bleibt nichts anderes übrig. Möglichkeiten, die Ausgaben zu erhöhen... Wir sind daran, für die nächsten Jahre Kredite auszuhandeln. Ebenfalls versuchen wir, ein sogenanntes *Stand-by*-Abkommen mit dem *Internationalen Währungsfonds* auszuhandeln, um Unausgewogenheiten bei den Rückzahlungen auszugleichen. Dieses *Stand-by*-Abkommen soll aber nicht an die traditionellen Bedingungen der 80er oder 90er Jahre geknüpft sein. Es gibt auch Verhandlungen auf regionaler Ebene, wie sie bei dem Treffen mit Barack Obama in Trinidad und Tobago geführt wurden: Die Stärkung der *Zentral-amerikanischen Integrationsbank* (BCIE), die Möglichkeit von Budgethilfen seitens des *Währungsfonds* etc. Aber wie auf dem letzten G-20- Gipfel festzustellen war, scheint sich die Welt momentan stärker um Osteuropa zu kümmern als um Lateinamerika.

Frage: Es heisst immer, die Krise sei auch eine Chance für Veränderung. Wo sehen Sie in der gegenwärtigen Krise einen Ansatzpunkt für grundlegende Veränderungen?

C.B.: Die grosse Chance die sich mit dieser Krise eröffnet, ist, dass man mit Politiken experimentieren kann, die nicht so ideologisiert sind wie früher. Die Krise zeigt deutlich die Notwendigkeit von einem Finanzpakt auf und ruft nach neuen Formen von Verteilungspolitiken. In Guatemala gelang es, im Jahr 2000 einen Finanzpakt zu unterschreiben, aber es gelang nicht, eine wirkliche Reform der direkten Besteuerung oder des privilegierten Steuersystems durchzubringen. Wir müssen an einer Einkommenssteuer des XXI. Jahrhunderts arbeiten und unser Bankgeheimnis kritisch überprüfen. Und wir müssen substantiell unsere Einnahmen erhöhen. Doch es gibt strukturelle Grenzen wie z.B. die extreme Armut, die es uns nicht erlaubt, die Anzahl der Steuerzahlenden zu erhöhen; oder eine Verfassung, welche die Macht des Staates im Thema Besteuerung extrem einschränkt; oder schwache politische Parteien, die zu 100% von privater Finanzierung abhängig sind und ein wirtschaftlich starker Sektor, der die Möglichkeit hat, gegen sämtliche Reformen das Veto einzulegen. Die Macht der konservativen Elite erlaubt es nicht, den Wohlfahrtsstaat aufzubauen, den wir gerne möchten.

Frage: Wird die Opposition die Konjunktur ausnützen, um der Regierung zu schaden? Hat die Regierungspartei die notwendige Unterstützung im Parlament?

C.B.: Es hat sich eine Koalition zu bilden begonnen, aber logischerweise muss erklärt und diskutiert werden. Es hat uns viel Zeit gekostet, die verschiedenen Interessen zusammenzubringen, aber ich glaube, wir hätten die notwendige Unterstützung im Kongress, um wichtige Gesetze durchzubringen: Die indirekte Besteuerung, die Staatsanleihen (*bonos de deuda*), der Bau der FTN und die *Private-Public-Partnership*. Die stärkste Oppositionspartei (*Partido Patriota*) bleibt sich treu und steht zu allem in dogmatischer Opposition. Ihr einziger Vorschlag, wie der Krise begegnet werden kann, ist sparen und sich nicht verschulden. Aber wie soll ein Staat, der sowieso schon finanziell schwach ist, den Gürtel noch enger schnallen? Die ganze Welt verändert sich, bloss in Guatemala ist der marktwirtschaftliche Fundamentalismus immer noch weit verbreitet und stark.

Frage: In den USA hat man aus der Krise gelernt, dass die *Wall Street* besser kontrolliert werden muss. Was hat Guatemala gelernt?

C.B.: Wir müssen einen Staat aufbauen, der einen minimalen Service und Sicherheit bieten kann, was das andere grosse soziale Problem bei uns ist. Mit dem Finanzpakt, den wir haben, kann man keine wettbewerbsfähige Gesellschaft aufbauen, keine qualifizierten Arbeitskräfte ausbilden, die uns in der internationalen Wirtschaft konkurrenzfähig machen. Nun verlangen die sozialen Sektoren vom Staat, dass er ihnen helfe, aber der Staat kann nicht, er ist völlig auseinander genommen worden.

Frage: Glauben Sie, dass Ihr Diskurs in der Regierung mehrheitsfähig ist?

C.B.: Es gibt Kräfte, die in diese Richtung weisen, aber auch andere, die in die Gegenrichtung tendieren. Der marktwirtschaftliche Fundamentalismus ist sehr mächtig. Innerhalb der Regierung spiegeln sich verschiedene Tendenzen. Der Präsident hat unermüdlich die Erhöhung der Sozialausgaben gepredigt, die Programme der sozialen Kohäsion sind prioritäre Strategien in der Arbeit der Regierung. Aber man muss sie finanzieren können. Kurzfristig können wir das einzig durch Schulden. Aber um ihnen längerfristig Erfolg zu garantieren, braucht es eine Steuerreform.

Frage: Dem Gesundheitsministerium wird das Budget um 375 Mio. Quet-

zales gekürzt. Ist das nicht ein Widerspruch?

C.B.: Das Geld wurde in ein Programm des *Rats für soziale Kohäsion* umgeleitet, das darin besteht, Bildung und Gesundheit zu fördern: Den Frauen wird Geld ausbezahlt, im Gegenzug bringen sie ihre Kinder zur Schule oder ins Gesundheitszentrum.

Frage: Aber wenn dem Gesundheitszentrum das Budget für Medikamente und Personal fehlt...

C.B.: Das ist die grosse Herausforderung. Wenn ich die Nachfrage fördere, muss ich das Angebot erhöhen. Deshalb hat die *Soziale Kohäsion* auch ein Budget, um Schulen oder Gesundheitszentren zu renovieren und modernisieren. Was immer wieder kritisiert wird, ist, dass die Dienstleistungen des Projekts gratis sind und die finanziellen Unterstützungen an Bedingungen geknüpft. Die Nachfrage ist riesig, und viele befürchten, dass dadurch die Qualität des Programms abnimmt. Möglicherweise hat die Regierung zu spät auf die grosse Nachfrage reagiert, aber das Programm bewährt sich. Ausserdem beendet es die Praxis, Staatsaufgaben an Private oder an Nichtregierungsorganisationen zu delegieren. Das Problem war, dass es früher nur 5 Kinder in einem Schulzimmer hatte, nun sind es 60 - das kann doch kein Problem sein!

Frage: Ein einzelnes Programm - *Soziale Kohäsion* - ausserhalb der Ministerien zu pushen, bedeutet dies wirklich, den Staat zu stärken?

C.B.: Diese Art von Programm wurde in ganz Lateinamerika eingeführt, und bei ihren Evaluationen zeigt sich, dass sie zur Reduktion von allgemeiner und extremer Gewalt beitragen. Es wird eine Debatte darüber geführt, wie lange solche Programme dauern sollen und wie man sie wieder absetzen kann, ohne die begünstigten Familien in die Armut zurückzukatapultieren. Das Problem, mit dem wir uns in Guatemala beschäftigen müssen, ist die Frage, wie wir nach vier Regierungen, die nichts anderes als die Staatskassen geleert haben, wieder zur Institutionalität zurückfinden. Das geht nicht von heute auf morgen. Die Ministerien sind sehr schwach in der Ausübung ihrer Funktionen. Die Regierung von Alvaro Colom wird am Ende ihrer Amtszeit eine Konterrevolution gegen die Politiken der freien Marktwirtschaft der letzten 15 Jahre auf den Weg gebracht haben.

Frage: Weshalb haben sich die Auswirkungen der Krise so schnell in den zurückgehenden Steuereinnahmen

widerspiegelt?

C.B.: Weil das Steuersystem stark von den indirekten Steuern abhängig ist. Es gibt einen Rückgang der Importe, und damit gehen die darauf erhobene Mehrwertsteuer und die Zölle verloren. Man muss aber auch erwähnen, dass in Zeiten wie diesen die Unternehmen listig darin sind, ihre Steuern zu umgehen. Wenn sie eine Verringerung ihrer Einkünfte verbuchen müssen, versuchen sie, dies wett zu machen, indem sie weniger Steuern bezahlen - und geben somit ihren Verlust an den Staat weiter.

Frage: In einem Land mit einem so grossen informellen Markt wie Guatemala, wie stark beeinflussen die internationalen Finanzbewegungen eigentlich das alltägliche Leben der Mehrheit?

C.B.: Die Auswirkungen der Krise sind in Guatemala nicht vom selben Ausmass wie in Ländern mit einer grossen formalen Arbeitswelt. Hier sind es die Menschen gewohnt, kreative Überlebensstrategien zu erfinden. Diese Ökonomie dreht sich um die Verfügbarkeit von Einkünften, und diese Einkünfte sind die Geldrücküberweisungen, die öffentlichen Ausgaben, der Tourismus, und all diese Bereiche sind von der Finanzkrise betroffen. Deshalb braucht es dann die sozialen Einrichtungen, vor allem auch in den Städten: Suppenküchen oder das Verteilen von Essen oder Hilfsprogramme für alte Menschen.

Frage: Wer wie Sie aus den sozialen Organisationen kommt - was kann der lernen, wenn er plötzlich Zugang zur Macht bekommt?

¡Fijáte!

Herausgegeben von:
Solidarität mit Guatemala e.V.
Bankverbindung:
Postbank Karlsruhe
BLZ: 660 100 75
Kto. -Nr.: 32 95 01-751
Redaktion:
Barbara Müller
Christiane Treec
c-tree@gmx.net
Aboverwaltung:
Ewald Seiler
Rahel-Varnhagen-Str. 15
79100 Freiburg
fijate@web.de
E-Mail-Abo: 50.-•
Erscheinungsweise 14-tägliche.
Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.
www.guatemala.de/Fijate

C.B.: Ich möchte ein Beispiel nennen: Wir haben eine Wahl gewonnen, wir sind nicht am 1. Januar 1959 in die Hauptstadt einmarschiert und haben die Revolution gemacht. Wir haben eine Wahl gewonnen innerhalb eines Schemas von Allianzen, was uns einige Reformen erlaubt. Diesen Prozess zu vertiefen, braucht eine andere Art von Allianzen, ein anderes Kräfteverhältnis - hoffentlich gelingt es uns, ein solches aufzubauen! Von einer tiefgreifenden Reform in der Landwirtschaft oder im Steuersystem zu sprechen, dazu braucht es andere Allianzen. An der aktuellen Regierung beteiligt zu sein, erlaubt aber immerhin, die Sozialpolitik neu zu gestalten.

Frage: Hat sich ihre Einstellung der Privatwirtschaft gegenüber verändert?

C.B.: Ich gebe zu, dass sie sehr einflussreich ist. Die organisierte Privatwirtschaft weiss, wie man Politik macht. Die Regierungen wechseln, aber der Privatsektor bleibt derselbe, und ihre Kader

haben die barbarische Fähigkeit, Prozesse aufzuhalten und ihre Interessen durchzusetzen. Wir hingegen haben es nicht geschafft, nachhaltig unsere eigenen Kader auszubilden, die es mit der Privatwirtschaft aufnehmen könnten. Bis heute ist keiner Regierung die Wiederwahl gelungen. Darum ist es so wichtig, dass die aktuelle Regierung ihre Zeit durchhält und Leute ausbildet, welche die dringend notwendigen Politiken konkretisieren können. Die Privatwirtschaft braucht keine starken Parteien - wir hingegen schon. Die VertreterInnen der Privatwirtschaft haben die verschiedenen Regierungen kommen und gehen sehen, sie wissen, wie der politische Zyklus verläuft, der zudem sehr kurz ist: im ersten Regierungsjahr wird gelernt, im zweiten gearbeitet und im dritten und vierten beginnt bereits wieder der Wahlkampf. Der private Sektor weiss sehr gut mit diesem Zyklus umzugehen: im ersten Jahr wird verhandelt, im zweiten wird weiterverhandelt und spätestens ab dem dritten ist klar, dass keine Partei wichtige Reformen durchziehen wird.

Menschenrechtsaktivistinnen bedroht

Guatemala, 11. Mai. In den ersten Tagen des Monats Mai erhielten die Leiterinnen der Menschenrechtsorganisationen *Sicherheit in Demokratie* (SEDEM), Iduvina Hernández, und der *Schutzereinheit für VerteidigerInnen der Menschenrechte* (UDEFEQUA), Claudia Samayoa, sowie mehrere MitarbeiterInnen der beiden Institutionen anhaltende Morddrohungen und Beleidigungen auf ihre Mobiltelefone.

Offenbar gründen sich diese Verfolgungsattacken auf die hartnäckigen Forderungen der Organisationen, Einsicht und Zugang zu den Archiven des Militärs und der Nationalpolizei zu bekommen. "Zufälligerweise" geschehen sie just zu dem Zeitpunkt, an dem die ersten kriminaltechnischen Ermittlungen in den Rechtsprozessen gegen die während des internen bewaffneten Konflikts begangenen Verbrechen von ehemaligen Mitgliedern der staatlichen und parallelstaatlichen Sicherheitsapparate, Erfolge zeitigen. Dies bestätigte Iduvina Hernández kürzlich an einer Pressekonferenz.

Auch Mario Minera, Direktor des Menschenrechtszentrums CALDH, welches wie die berohnten Organisationen dem Zusammenschluss der Menschenrechtsorganisationen - *Convergencia por los Derechos Humanos* - angehört, betont, dass die rechtlich Untersuchungen gegen die mutmasslich involvierten Täter weitergeführt und auch tatsächlich erfüllt werden müssen.

Die Morddrohungen, welche die

Botschaft beinhalten, die Finger von den Militärarchiven zu lassen, beziehen sich nicht nur auf die direkten EmpfängerInnen der Nachrichten, sondern schliessen auch deren Kinder und andere Familienangehörige mit ein.

Neben diesen Textnachrichten bestehen die Bedrohungen gemäss der Mitglieder der *Convergencia* darin, beobachtet und von Autos verfolgt zu werden. Die Polizei habe offenbar bereits zwei Verdächtige identifiziert, die offensichtlich ein Wohnhaus der Betroffenen kontrollierten. Obwohl einer von ihnen bewaffnet war, gab es keine ausreichende Handhabe, ihn festzunehmen.

In den selben Zeitraum fällt ein Einbruch in die Einrichtung der *Interinstitutionellen Koordination für die Förderung der Kinderrechte* (CIPRODENI), bei dem Computer entwendet wurden, auf denen sich wichtige Informationen hinsichtlich der Verletzung der Rechte der Kinder und Jugendlichen und Guatemala befindet

Für Carolina Vásquez Araya, Kolumnistin der Tageszeitung *Prensa Libre*, sind die Bedrohungen gegen die MenschenrechtsaktivistInnen eindeutiges Zeichen für die Wirksamkeit der Arbeit der Organisationen und ihrer MitarbeiterInnen. Sie sind Indiz für die Wichtigkeit, die Gesellschaft in ihrem steten Kampf zugunsten der Menschenrechte zu versammeln und zu unterstützen, gerade jetzt, wo dieser die halb-klandestinen bewaffneten Gruppen langsam aber sicher, erreicht und tangiert.

Rosenbergs Video

Guatemala, 17. Mai. Es war ein 15 minütiges Video, das es geschafft hat, nicht nur die normale Verfallszeit von Skandalnachrichten deutlich zu überschreiten und bereits wenige Stunden nach seiner Veröffentlichung in aller Munde zu sein, sondern einen Gesellschaftssekter, nämlich die AnhängerInnen des Unternehmertums, sieben Tage hintereinander auf die Strasse zu bringen, um ihrer Empörung Ausdruck zu verleihen. Schnell waren das Video und seine Botschaft auch international bekannt. In ihm ist der angesehene Rechtsanwalt und Präsident des Schlichtungszentrums der Handelskammer, Rodrigo Rosenberg Marzano, zu sehen. Er erklärt in seinem am 7. Mai aufgenommenen Monolog, dass er, wenn das Video gesehen werde, ermordet sein wird. Und zwar "durch den Privatsekretär des Präsidenten, Gustavo Alejos und seinen Geschäftspartner Gregorio Valdez, mit der Billigung des Präsidenten Álvaro Colom und dessen Gattin, Sandra de Colom". "Der Grund, weshalb Gustavo Alejos und Gregorio Valdez meinen Tod angeordnet haben und der Präsident der Republik, Álvaro Colom ihn befürwortet hat, ist der, dass ich bis zum Tag, an dem sie mich getötet haben, der Anwalt von Don Khalil Musa und seiner Tochter Marjorie Musa war und ganz genau wusste, inwiefern Álvaro Colom, Sandra de Colom, Gustavo Alejos und Gregorio Valdez die Verantwortlichen waren für deren feige Ermordung (Vater und Tochter Musa wurden Mitte April ermordet, die Red.), und genauso habe ich es jeden wissen lassen, der mich hören wollte und konnte. (...)"

Rodrigo Rosenberg wurde am Sonntagmorgen, 10. Mai, beim Fahrradfahren in der Nähe seines Wohnhauses in Guatemala-Stadt erschossen. Bereits auf der Trauerfeier am Nachmittag verteilte Luis Mendizabal 150 DVDs mit der Videobotschaft. Laut eigener Angaben hatte Rosenberg ihm, der sich als langer und guter Freund des Ermordeten beschreibt, am Freitag ein Paket in die Hand gedrückt mit der Bitte, den Inhalt zu verteilen, wenn ihm etwas zustossen sollte, denn das sollte nicht einfach so stehen bleiben. Am Montag dann brachten alle Radio- und Fernsehstationen die Deklaration, sowie Interviews mit Mendizabal und Mario David García, der das Video laut eigener Aussage aufgenommen hatte. Zudem kursierte der Text auch in schriftlicher und von Rosenberg unterzeichneter Version.

Gegensätzliche Reaktionen

Bereits am Montagnachmittag versammelten sich zum ersten Mal zwei Gruppen im Stadtzentrum, an nahen Orten und aus gegensätzlichen Motivationen. Aus der einen Gruppe, Familienan-

gehörigen von Rosenberg und deren FreundInnen und Bekannte, die die Trauernden begleiteten, wurde bald der Ruf laut, Colom solle sein Amt niederlegen, wenn nicht sofort, dann doch zumindest während der Ermittlungen. Die andere Gruppe formierte sich aus BewohnerInnen der städtischen Randsiedlungen, die mit der "solidarischen Tüte", die das Regierungsprogramm des *Rates für Soziale Kohäsion* an bedürftige Familien verteilt, eine monatliche Unterstützung der Regierung erhalten (siehe Hintergrundartikel). Aufgestockt wurde diese Gruppe aus kurzfristig per Hubschrauber eingeflogenen BürgermeisterInnen aus dem Landesinneren. Diese Fraktion skandierte zu Gunsten des Präsidenten.

Beide Gruppierungen demonstrierten tatsächlich parallel jeden folgenden Tag im Stadtzentrum und auf einer Grossveranstaltung zum abschliessenden Höhepunkt am Sonntag. Zunächst wurden sie nur durch Angehörige des Menschenrechtsprokurats (PDH) voneinander getrennt, schliesslich dann aber doch auch von Spezialkräften der Polizei, die in voller Anti-Aufstandsmontur auftraten. Zu Auseinandersetzungen zwischen den Parteien kam es derweil nicht.

Spekulationen über Spekulationen

Dafür wurden aber unter der Woche zum einen Details und Hintergründe von Zusammenhängen und Personen bekannt, zum anderen kursierten schnell Gerüchte, Diffamationen und Beschuldigungen. Für Klarheit soll die *Internationale Kommission gegen Strafflosigkeit in Guatemala* (CICIG) sorgen.

Die Zeitungen und Radiosendungen sind derweil übervoll von interpretierenden Kommentaren, doch niemand hat eine zufriedenstellende Antwort. Und obwohl die meisten dabei eine gründliche kriminaltechnische Ermittlung und Aufklärung der Morde fordern, gleiten die Diskurse doch schnell von der juristischen Ebene des Mord-Verbrechens ab in die Politisierung der Situation und der Infragestellung der Rechtsstaatlichkeit und Demokratie im Lande.

Der des Mordes beschuldigte Präsident Colom gibt dabei erneut eine wenig klare und überzeugende Figur ab und macht sich somit angreifbar. Wieder einmal greift er auf seine Schlussfolgerung zurück, es handele sich bei dieser Aktion um den Plan, seine Regierung destabilisieren zu wollen. Konkret unterstellt er der *Patriotischen Partei*, ihn stürzen zu wollen. Und statt die Staatsanwaltschaft und die CICIG ihre Arbeit machen zu lassen - der er indes seine volle Unterstützung zugesagt hat - gibt er disqualifizierende Kommentare hinsichtlich des Videos und der in seine

Produktion und Verteilung involvierten Personen ab. Gleichzeitig ruft er die Bevölkerung in Fernseh- und Radioansprachen zur Vernunft und Reife auf. Rosenbergs Anschuldigungen gegen ihn weist er dabei strikt zurück.

Neben seinem eigenen und eben dem Mord an dem 74-jährigen Textilimporteur Musa, der Mitglied in der *Nationalen Kaffeevereinigung Anacafé*, der *Export-Vereinigung* Agexport und ehemaliger Präsident der Industriekammer war, und dessen 49-jährigen Tochter Marjorie, die ihren Vater wie jeden Mittag zum Essen nach Hause abholte, als beide erschossen wurden, denunziert Rodrigo Rosenberg in dem Video zudem die Beteiligung von Präsident Colom in schmutzigen Machenschaften innerhalb der halbstaatlichen *Ländlichen Entwicklungsbank* BANRURAL. Diese ist eine der grössten Banken Guatemalas, in der der Grossteil der staatlichen Gehälter sowie die Gelder für die Regierungsprogramme wie die des *Kohäsionsrates* liegen. Eine der ersten Aktionen der CICIG war es, eine Durchsuchung der Hauptgeschäftsstelle der BANRURAL durchzuführen, sowie die Konten der Beschuldigten einzufrieren.

Laut Rosenbergs Deklaration habe Colom mittels seines Sekretärs Alejos und Gregorio Valdez, der Coloms Präsidentschaftskampagne sowohl finanziell als auch logistisch unterstützte, Khalil Musa gebeten, zum einen in den Vorstand der BANRURAL als auch in den von Anacafé einzutreten. Dabei habe Musa, so Rosenberg, keine Ahnung davon gehabt von den "illegalen und Millionen-Geschäften, die Tag für Tag in der BANRURAL verhandelt werden, die von der Geldwäsche bis zur Abzweigung von öffentlichen Geldern für nicht-existierende Programme der Dame des Präsidenten, Sandra de Colom, gehen, sowie die Finanzierung von Firmen beinhalten, die es nur auf dem Papier gibt und die vom Drogenhandel genutzt werden."

Dabei hätten die Genannten nur Musas guten Namen nutzen wollen und seine Amtsübernahme über Monate hinausgezögert, während die Karten innerhalb der Bank neu gemischt werden sollten. Tatsächlich sollte Khalil die Posten gar nicht bekommen, hätte er - so Rosenberg - doch gleich die Korruption aufgedeckt, mit der der Hauptgeschäftsführer der BANRURAL, Fernando Peña, die Geschäfte im Dienste von Sandra de Colom und als Sozium und Financier mit Bankgeldern die Geschäfte von Gregorio Valdez und Gustavo Alejos führte, ohne das Bankdirektor José Ángel López etwas unternommen hätte, um zu verhindern, dass Peña die Bank in "die

Fortsetzung von S. 4

Höhle von Dieben, Narcos und Mördern verwandelte". Die Bankiers hätten Khalil um Rückzug seiner Kandidatur gebeten, in den dieser einwilligte, Gentleman wie er immer war, sagt Rosenberg. Khalil habe seine Entscheidung Colom und Alejos mitgeteilt, die ihn baten, so der Anwalt, ihnen noch etwas Zeit zu geben. Und dann wurde der Textilunternehmer auf offener Strasse erschossen.

Unabhängig vom Wahrheitsgehalt von Rosenbergs Aussage, machen die vehementen Reaktionen der konservativen Gesellschaftssektoren doch deutlich, dass das Video letztlich als Anlass dient, das in ihren Augen übervolle Fass zum Überlaufen zu bringen, sehen sie sich doch durch die sowohl realisierten wie angekündigten politischen Entscheidungen und Massnahmen Coloms empfindlich in ihren Interessen berührt. Nicht nur hat die CICIG inzwischen erste Erfolge vorzuweisen und zeigt auf, dass es tatsächlich möglich ist, verkrustete Straflosigkeitsschichten aufzubrechen - der Prozess wegen Millionenhinterziehungen gegen Ex-Präsident Alfonso Portillo und andere hohe Militärs läuft langsam aber sicher und dank der stichhaltigen Beweislage und Standhaftigkeit der CICIG, erste Festnahmen sind zudem im Drogenhandel durchgeführt. Es sei erinnert an die langwierigen Diskussionen um das schliesslich durchgebrachte Waffen- und Munitionsgesetz, die ebenfalls seit mindestens Anfang der Regierung Colom laufende Diskussion um die Steuerreform und die noch nicht abgeschlossene Debatte um das Gesetz der Postulierungskommissionen, die die KandidatInnen für diverse Gerichtsposten bestimmen (¡Fijáte! 434).

Colom in Bedrängnis

Innerhalb einer Woche sammelte der reaktionäre Sektor, unterstützt vom Unternehmerverband CACIF, der Handels- und der Industriekammer während seiner Demonstrationen insgesamt 30'000 Unterschriften, die dem Kongresspräsidenten überreicht wurden. Mit diesen fordern die Unterzeichnenden den zeitweiligen Rücktritt von Colom; vom Generalstaatsanwalt fordern sie innerhalb von 72 Stunden konkrete Ergebnisse und wenn er diese nicht vorweisen könne, solle auch er zurücktreten; die Staatsanwaltschaft soll die Geschäfte der BANRURAL untersuchen und die internationale Gemeinschaft die Ermittlungen begleiten. Unterstützt - und offenbar zumindest zum Teil finanziert, da sie selbst einiges aufbringen können, um ihren Auftritt zu gestalten - werden die Colom-KritikerInnen von der *Patriotischen Partei* und - erneut in der Öffentlichkeit - deren Parteichef Otto Pérez Molina. Nineth Montenegro von der Partei *Encuentro por Guatemala* reichte beim Kongress einen Antrag auf

Coloms zeitweilige Suspendierung ein. Von den zivilgesellschaftlichen Organisationen beschränkten sich die meisten auf Pressemitteilungen. Allein die *Gruppe gegenseitiger Hilfe* (GAM) ergriff aktiv Partei, indem ihr Direktor Mario Polanco bereits in den ersten Tagen auf dem Podium der RegierungsgegnerInnen auftrat. In einem Kommuniké listet die GAM schliesslich die Ausgaben auf, die die Regierung nach Schätzungen der Organisation aus der Staatskasse zur Unterstützung von Álvaro Colom in dieser Woche ausgegeben hat, angefangen bei Coloms Auftritten in den Medien über das Aufstellen von einem Grossbildschirm zur Information seiner AnhängerInnen bis hin zum Transport und Verpflegung derselbigen auf den Demonstrationen.

Zweifelhafte Mittelsmänner

Auch die beiden Mittelsmänner von Rosenberg, die genannten Luis Mendizabal, der die DVDs verteilte, und Mario David García, der das Video aufgenommen hat, tragen mit ihren Lebensläufen zur Polemik bei. Luis Mendizabal, der sich selbst politisch als ultra-rechts bezeichnet und in einem Interview mit der Tageszeitung *el Periódico* seine erfolgreiche Beteiligung bei der Aufklärung von Geiselnahmen in den 80er Jahren heraushebt, gilt als der Leiter der sogenannten "oficinista", einer parallelstaatlichen Gruppe aus Militärs und Geheimdiensten, die in Zusammenhang gebracht werden mit aussergerichtlichen Hinrichtungen und anderen Menschenrechtsverletzungen. Zudem habe Mendizabal dafür gesorgt, dass unter anderem in die Ermittlungen im Fall des Mordes an Bischof Gerardi Falschinformationen geflossen sind. In seiner Herrenbekleidungsboutique hat sich offenbar die rechtsgerichtete, kürzlich an der Regierung von El Salvador abgelöste Partei ARENA gegründet. In der Regierung Colom hatte er einen Posten als Sicherheitsberater inne

Mario David García, Anwalt und Journalist mit einem eigenen Radioprogramm im Radiosender *Emisoras Unidas*, der, wie alle anderen kommerziellen Sender, von der BANRURAL gesponsert wird, war Präsidentschaftskandidat der inzwischen aufgelösten rechten *Bewegung der Nationalen Befreiung* (MLN) und ist ebenfalls aufgrund seiner konspirativen antikommunistischen Vergangenheit bekannt. Auch er wird in Verbindung gebracht mit Militärs der Aufstandsbekämpfung und den Todeschwadronen des militärischen Geheimdienstes. Laut García sei Rosenberg zu ihm gekommen, da sie ein Interview für seine Sendung aufnehmen wollten. Als Rosenberg García dabei in seine Situation einweichte, habe der Journalist dem Anwalt vorgeschlagen, doch gleich auch ein Video zu drehen. Da er schon etwas Erfahrung damit habe, sei diese

Aufnahme direkt bei ihm im Haus gemacht worden.

Gegen Ende der Aufnahme ruft Rosenberg nicht nur dazu auf, dem Unternehmerflügel und seinen Gremien zu vertrauen, die Rechtsstaatlichkeit im Land wieder herzustellen, sondern appelliert explizit an Vizepräsident Rafael Espada, den er aus seinen Vorwürfen der Diebe und Mörder ausnimmt, er solle der erste sein, der eine Bewegung anführe, "um unser Guatemala zu retten und durchzusetzen, dass die Gesetze erfüllt werden mit der Hilfe der guten Guatemalteken, die ihn ohne Einschränkungen unterstützen." Auffällig lange liess Espada darauf warten, Stellung zu beziehen, beschränkte sich dann schliesslich darauf, dass die Ermittlungen der Vorfälle an erster Stelle stünden und die Rechtsstaatlichkeit des Landes nicht untergraben werden sollte.

YAhora?

Fraglich ist, ob alle Sektoren, die die vollständige Aufklärung des Falles einfordern, tatsächlich daran interessiert sind, dass alle Details ans Tageslicht kommen, denn dass die Morde in Zusammenhang mit weitverzweigten und langgehegten parallelen Netzwerken stehen, liegt wohl auf der Hand.

Doch es stellen sich noch viel handfestere Fragen: Wenn sich Rosenberg bedroht fühlte, warum ist er nicht zur Staatsanwaltschaft, Polizei oder gleich zur CICIG gegangen, um Anzeige zu erstatten? Laut Mendizabal wollte er am Montag nach Washington fliegen, um bei der *Interamerikanischen Menschenrechtskommission* vorzusprechen. Rosenbergs Familie sagt, überhaupt nichts von dessen Situation gewusst zu haben.

Und wenn er sich in der Form, wie er es darstellt, des Mordes bedroht fühlte: woher nahm er das Vertrauen, allein aufs Fahrrad zu steigen und sich zu exponieren?

Warum haben weder Mendizabal noch García, die vom Inhalt des Videos wussten, sich um Rosenbergs Sicherheit bemüht?

Eine der vielen Spekulationen um Rosenbergs Mord geht davon aus, dass dieser hinters Licht geführt wurde: Dass die Colom-Kritiker, die von den BANRURAL-Disputen wussten, ihm erzählten, Colom und seine Crew wollten ihn umbringen und nachdem er das Video aufgenommen hatte, hätten sie ihn selbst umgebracht.

Nach wenigen Tagen, in denen Colom seine Aktivitäten eingestellt hatte, um sich mit der CICIG, auf der alle Hoffnung ruht, den Fall aufzuklären, dem diplomatischen Korps und der Staatsanwaltschaft zu treffen - wobei ihm letzteres gleich als Einmischungsversuch angekreidet wurde - nahm er seine Agenda inzwischen wieder auf.

Das Video ist im Internet auf youtube.com einzusehen.

¡Híjole...! Die monatliche Kolumne von Fernando Suazo

Die schlechten Gerüche der Schweinegrippe

Mexiko ist die heisse Grenze der Vereinigten Staaten. Da werden im massiven Stil Drogen ins Imperium eingeschleust und Waffen ausgeführt, derweil metallene und legale Mauern Millionen von Latinos den Durchgang verschliessen. Die einzigen, die spielend rauskommen, um sich auf unserer Seite zu installieren, sind die grossen Unternehmen, die billige Arbeitskräfte, lasche Umweltschutznormen und geringe Restriktionen im sanitären Bereich suchen. Es heisst, Mexiko sei das "Laboratorium der Globalisierung".

Das nordamerikanische Unternehmen *SmithField Foods*, aktuell der weltweit grösste Schweinefleischproduzent, hatte immense sanitäre Probleme im Staat Virginia, die ihm im Jahr 1997 eine Busse von 12,6 Mio. US-\$ verursachten. Im Schatten des Freihandelsabkommens, das 1994 zwischen Kanada, den USA und Mexiko unterzeichnet wurde, verlegte es seine Produktion ins mexikanische Veracruz. Die Berichte, die aktuell in einigen mexikanischen Medien über die *Carroll-Farmen* kursieren, in denen Hundertausende von Schweinen produziert werden, sind unbeschreiblich: "Die unvorstellbare Menge an schmierigem Schmutz, Gehege voller kranker und leidender Tiere, die mit Antibiotika vollgestopft sind, und die Mückenschwärme, die Tiere und Menschen belagern, bilden ein Paradies für Krankheiten", (Laura Carlsen, *Ircamericas*, Adital, 4/05/09).

Die Hunderte oder Tausende von Tonnen von Schweinemist und toter Tiere erscheinen nicht in der Hochglanzpropaganda des Unternehmens, ebensowenig die Verschmutzung des Grundwassers durch das Abfliessen der Schweine-Gülle und auch nicht der Pestgestank, dem die NachbarInnen der Schweinefabrik, die BewohnerInnen der nahegelegenen Ortschaften La Gloria und im Perotetal, ausgesetzt sind. Die BewohnerInnen zeigten schon seit längerem die katastrophalen Zustände an, doch wurden sie nie beachtet, weil es hiess, es sei besser, sich nicht mit einem Unternehmen anzulegen, das so viele dólares im Rücken habe. Offenbar wur-

de auch einer der Beschwerdeführer wegen "Verleumdung des Unternehmens" ins Gefängnis gesteckt.

Anfang März riefen die lokalen Gesundheitsfunktionäre eine Epidemie aus. Schuld sei eine Grippe, welche dieselben Symptome aufwies wie jene, die jetzt die Nachrichten beherrscht: 60% der Bevölkerung in der Umgebung der Schweinefarm litt unter Grippe, Lungenbeschwerden und Bronchitis. Die staatlichen Gesundheitsfunktionäre ignorierten diese alarmierenden Zeichen bis zum 5. April, als sie endlich den sanitären Notstand über die *Carroll-Farmen* verhängten (zitiert nach L. Carlsen).

Es überrascht und empört, dass die nationalen und internationalen Gesundheitsbehörden solch sanitären und umweltschädigenden Notstände nie ernst genommen haben und dass sich ihre Deklarationen im Zusammenhang mit der Pandemie auf folgende Aussagen limitieren: "Ich - die Generaldirektorin der OMS, der mexikanischen Gesundheitsbehörde - habe Kontakt aufgenommen mit Unternehmen, die antivirale Medikamente herstellen, um abzuklären, wie ihre Kapazitäten bezüglich einer Produktionssteigerung aussehen. Ebenso bin ich im Kontakt mit den Herstellern von Grippe-Impfstoffen, um abzuklären, ob diese zur Produktion eines Impfstoffs gegen die Pandemie beitragen können" (zitiert von Chossudovsky, in *rebellion.org*, 4/05/09).

Die Unternehmen, mit denen die Frau Direktorin von der OMS im Kontakt steht, sind zweifellos die Labore von *Roche* und *Gelead Sciences Inc.* zu deren Aktionären der rührende Donald Rumsfeld gehört, bestens bekannt für seine ethischen Werte und seinen Respekt vor dem menschlichen Leben (¡?).

"Es geht ums Geschäft, du Blödmann!" würde mir irgendein Funktionär irgendeines kapitalistischen Staates oder des kommunistischen Chinas antworten (man weiss, dass im Süden von China vor einigen Jahren ähnliche Epi-

demien kursierten).

Was stimmt, ist, dass die Hexenmeister der öffentlichen Meinung sich bemühen, weltweite Emotionen zu schüren und uns alle in Panik zu versetzen. Es ist erstaunlich, welches Brimborium die guatemalteckischen Medien rund um die Pandemie veranstalten. Real beschränken sie sich jedoch darauf, uns das Tragen von Masken nahezu legen, und verbreiten unpräzise sanitärische Gemeinplätze. Bis heute (5. Mai 2009) ist in Guatemala nicht ein einziger Fall von Schweinegrippe bestätigt. Erstaunlich, wie diese Überdosis kollektiver Angst einhergeht mit den fehlenden Informationen über die umweltbedingten Ursachen des Phänomens. Hat es wirklich nichts zu tun mit der mächtigen, blühenden - und wie die Pest stinkenden - guatemalteckischen Hühnerzucht-Industrie? Oder mit dem Abbau von Mineralien? Wie komisch, dass niemand die Gesichter und Namen von denen veröffentlicht, die Millionen und Abermillionen verdienen - nicht mit der Grippe, sondern mit der ansteckenden Angst, welche die Medien verbreiten.

Es ist verdächtig, dass solche Nachrichten nicht mit Farbfotos und Namen präsentiert werden, wie das sonst der Fall ist - zum Beispiel aktuell über den Präsidenten von Paraguay Fernando Lugo.*

Bereits der bedauernswerte Wirtschaftsnobelpreisträger Milton Friedman, der Vater der *Chicago Boys*, hat geschrieben, dass die "Schockbehandlung" durch Massenemotionen das beste Mittel für die Genesung der Finanzen ist.

Da stinkt doch etwas...

* Anmerkung der Redaktion: Dem Präsidenten von Paraguay wird ein medialer Skandal angehängt, weil er als ehemaliger Bischof offenbar Vater von mindestens einem Kind ist - zu dem er auch steht.